

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
(60. - öffentliche - Sitzung am 10. August 2016)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, dass sich die Landesbeauftragte für Tierschutz im Ausschuss vorstellt.

1. Bewährte landwirtschaftliche Ausbildungspraxis mit wechselnden Ausbildungsbetrieben weiter zulassen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5830](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um Unterrichtung. Er legte Wert darauf, dass zu der Unterrichtung auch Vertreter der Landwirtschaftskammer gebeten werden.

2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen in der Krise stärken und für die Zukunft rüsten

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5819](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um Unterrichtung über den Stand der Abarbeitung der Anträge zur Betriebsprämie und um einen Sachstandbericht zu den Kontrollen im Bereich der Direktzahlungen.

Außerdem bat er um Informationen darüber, wie seitens der Landesregierung die einzelnen Verfahrensschritte zur Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes angedacht sind und welches Zeitfenster vorgesehen ist.

3. Gesundheit für Mensch und Tier - Der Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen wirksam entgegenzutreten

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5779](#)

Der Ausschuss bat das Sozialministerium und das Landwirtschaftsministerium um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Antrag.

Außerdem bat er nach § 28 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration um eine Stellungnahme zu dem Antrag sowie zu den Anträgen 17/3123 und 17/4186. Vor dem Hintergrund der zu dieser Thematik bereits durchgeführten Anhörung bat er darum, dem Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration die Niederschrift über die 50. Sitzung des Landwirtschaftsausschusses am 16. März 2016 zuzuleiten.

4. „Bauernhof Niedersachsen“ - Wenn Ackerbauern Wirtschaftsdünger aufnehmen sollen, muss auch der nötige Lagerraum genehmigt werden

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5486](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand und die weitere Vorgehensweise.

5. **Flächenkulisse für natürliche Waldentwicklung im Landeswald als Beitrag zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt nachhaltig erweitern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5480](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um Unterrichtung.

6. **Tierschutzplan weiterentwickeln - Schaffen von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Nutztierhaltung in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5286](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er dem Plenum des Landtages, den Antrag unverändert anzunehmen.

7. **Agrarrohstoffspekulationen wirksam entgegnetreten - EU-Finanzinstrumente-Richtlinie nicht aufweichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5120](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung an, den Antrag unverändert anzunehmen.

8. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Gänsemonitoring“**

Der Ausschuss bat die Landesregierung einvernehmlich um Unterrichtung. Als Termin für die Unterrichtung nahm er den 31. August 2016 in Aussicht.

9. **Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen rund um die von Landwirtschaftsminister Meyer im Umweltministerium angeforderte Formulierungshilfe zum rechtssicheren Ausschluss eines Stallbauvorhabens im Wahlkreis des Ministers**

Der Ausschuss bat die Landesregierung einvernehmlich um Unterrichtung. Als Termin für die Unterrichtung nahm den 31. August 2016 in Aussicht.